

Wotx
2.3.92

7

Treffen der Staatssekretaere Finnlands (SF), Schwedens (S), Oesterreichs (Oe) und der Schweiz (CH) in Helsinki, 26.2.1992

Urspruenglich als Treffen neutraler Staatssekretaere ins Leben gerufen, ist heute die gemeinsame Basis der Neutralitaet in Frage gestellt. Allerdings bleiben die vier Laender durch gemeinsame Interessen verbunden und damit der Meinungs austausch auch in Zukunft sinnvoll. Folgende Gespraechspunkte verdienen hier Erwaehnung:

1. Veraenderter Stellenwert der Neutralitaet

Alle vier Laender haben in den vergangenen Monaten ihre bisherigen Neutralitaetskonzepte neu ueberdacht. SF, Oe und die CH fassen, trotz unterschiedlicher Akzente, im wesentlichen eine Reduktion der Neutralitaet auf ihre militaerische Komponente ins Auge. In allen drei Laendern gibt es noch mehr oder weniger starke Anhaengerschaften eines traditionellen Neutralitaetsverstaendnisses, dessen Essenz im Willen besteht, nicht in Konflikte verwickelt zu werden. S distanziert sich demgegenueber vom Konzept der Neutralitaet und betrachtet dieses nicht mehr als relevant, ein Wandel, der ohne groessere Opposition in der Bevoelkerung vollzogen wurde. Gemeinsamer Nenner unter allen vierten bleiben indessen das Fernbleiben von militaerischen Allianzen und die Verteidigung des eigenen Territoriums. Entscheidend sei heute nicht mehr die Frage, ob eine bestimmte aussenpolitische Handlung mit der Neutralitaet kompatibel sei



sondern welches die beste Sicherheitspolitik sei.

Das Ziel dieser neuen, durch die europaeischen Entwicklungen moeglich gemachten Betrachtungsweise scheint letztlich in allen Laendern aehnlich und ein doppeltes: es geht darum, die Neutralitaet so anzuwenden,

- dass ein Beitritt zur EG, wie sie sich nach Maastricht entwickelt, moeglich und
- dass die Teilnahme an Massnahmen der kollektiven Sicherheit auf der Basis der UN-Charta gewaehrleistet ist.

2. Ost- und Mitteleuropa

Ohne die Lage in der GUS zu idealisieren, betonen insbesondere S und SF, dass diese auf sozio-oekonomischer Ebene nicht so dramatisch sei wie dies noch vor einigen Monaten vermutet werden musste; von schweizerischer und oesterreichischer Seite wird der Akzent eher auf das politische und nationalistische Gefahren- und Konfliktpotential gelegt. Die Nahrungsmittelversorgung sei, trotz enormem Mangel, nicht gar so schlecht wie angenommen, der Rubel sogar etwas staerker als erwartet, die Gefahr eines Militaerputsches kaum mehr vorhanden - obgleich lokale Militaerfuhrer durchaus die Kontrolle ueber gewisse Gebiete uebernehmen koennten - die bevorstehende Aufnahme in den IWF schliesslich ein Schritt mit positiver Signalwirkung. Zu Sorgen Anlass geben nicht so sehr die gut kontrollierten strategischen

Waffenarsenale sondern die taktischen Nuklearwaffen, die Anzahl der wirtschaftlich bedraengten Nuklearexperten (2-3'000), die auf dem Weltarbeitsmarkt verfuegbar werden, die Desintegration der Roten Armee und die Sicherheit ziviler und militaerischer Nuklearreaktoren. Was diese betrifft, sind finnische und schwedische Experten insbesondere in den Grenzgebieten zur Erhoehung der Sicherheit der entsprechenden Anlagen am Werk.

Alle vier Laender kennen, was die Eroeffnung neuer Vertretungen und die Regelung der Akkreditierungen betrifft aehnliche Budget- und Personalprobleme. Neben Moskau und dem Baltikum (S und SF haben aus naheliegenden Gruenden in allen drei baltischen Staaten je eine Botschaft eroeffnet) liegt die Prioritaet eindeutig bei der Schaffung einer neuen Vertretung in Kiew (Oe und S haben diese bereits eroeffnet) mit Seitenakkreditierung in Moldawien. Belarus wird von den Skandinaviern wohl entweder aus dem Baltikum oder aus Moskau bedient werden. Fuer die Zukunft werden von S und Oe allenfalls noch je eine Vertretung in Zentralasien und/oder eine im Transkaukasus vorgesehen.

Bezueglich Jugoslawien sieht sich Oe angesichts der Entwicklung in seiner von anfang an vertretenen Position bestaerkt, naemlich, dass Stabilitaet nur durch die Aufgabe des Konzeptes eines einheitlichen Jugoslawiens zu erreichen sei. Viele Laender haetten in der Vergangenheit keine Jugoslawienpolitik gehabt "und manche,

die eine hatten, hatten eine falsche..."

Einigkeit herrscht zwar darin, dass die KSZE in Jugoslawien versagt hat, doch bleibt auch nach der Diskussion der Staatssekretäre unklar, welche Organisation und auf welche Weise den Krieg hätte verhindern können.

Die UNO-Operation in Jugoslawien wird von allen Anwesenden unterstützt, trotz finanzieller Probleme und trotz einer gewissen Ernüchterung in der skandinavischen Bevölkerung über UNO-Aktionen ganz allgemein. Festzuhalten bleibt, dass Oe, SF und S an der Jugoslawien-Aktion mit wesentlich höheren Kontingenten und Mitteleinsatz vertreten sein dürften als die Schweiz. Dies steht in klarem Gegensatz zur Tatsache, dass weder in Finnland noch in Schweden oder Oesterreich auch nur annähernd so viele Jugoslawen Zuflucht gesucht haben als dies in der Schweiz der Fall ist. Diese müsste aber als solchermassen exponierter Staat das grösste Interesse an einer baldigen Konfliktlösung haben. Wichtig sei es, den Generalsekretär in seiner ersten Operation in Europa - abgesehen von Zypern - nicht im Stich zu lassen.

3. Europäische Architektur

Die Diskussion über Rolle und Funktion von KSZE, WEU und NATO machen deutlich, dass zwar ein Ausbau der Konfliktregelungsmechanismen im Rahmen der KSZE durchaus möglich ist, dass aber die KSZE weder ein wirksames kollektives Sicherheitssystem noch eine militärische Allianz sein kann, auf welche sich die Länder

schon heute verlassen koennen. Es gelte folglich klar zu unterscheiden zwischen einem Forum zur Konfliktregelung, einem kollektiven Sicherheitssystem und einer Allianz.

Was die WEU anbelangt, so faellt zunaechst auf, dass diese heute im Kontext der EG respektive der Maastrichter-Beschluesse gesehen wird und nicht mehr als Anhaengsel der NATO. Hinsichtlich der Hypothese einer Annaeherung an die WEU, erachten Oe und die CH eine solche auch im Lichte einer neu definierten Neutralitaet fuer problematisch (Beistandspflicht). SF mehr noch als S scheint demgegenueber eher bereit, die Frage "open minded" anzugehen, aehnlich den Iren, die offenbar erwaegen einen Beobachterstatus bei der WEU - unter Beibehaltung der Neutralitaet - zu erlangen. Fuer SF steht hier eine moegliche Verbindung zu seinem oestlichen Nachbarn via WEU im Vordergrund, nachdem ja die WEU aehnlich der NATO die Staten der ehemaligen UdSSR in Form eines Kooperationsrates assoziieren will. (Die gleiche Haltung gilt grundsaeztlich auch gegenueber dem NATO-Kooperationsrat).

Hinsichtlich der Frage der Akkreditierung bei der NATO zeigt man sich mit dem bisherigen Kontakt zwischen den Botschaften in Bruessel und dem NATO-Generalsekretariat befriedigt, man vereinbart jedoch sich gegenseitig zu informieren, wenn naehere Kontakte ins Auge gefasst werden.

Bezuglich open skies schliesslich bekraeftigen die vier
Staatssekretaere ihre bisherigen Positionen, dass die Neutralen
vollumfaenglich und von anfang an dem Uebereinkommen angehoren
sollten.